

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbeförderung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. November 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Anzeigensatz, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 128

### Arme Buchdrucker-Gesellen!

Widerwillig räumten wir in der Nummer vom 5. August einem Manne der Wissenschaft einen Platz ein. Ist sein Wissen echt, dann versteht er es nicht allgemeinverständlich auszuplundern, denn er wendet es einer bisher stark bevorzugten gewählten Gesellschaftsklasse zu, indem er ihre Bevorzugung namentlich auf Kosten der auch sonst gern „begünstigten“ Spensänger dozieren. Professor Krüdmanns Offiziersbuchdrucker haben uns damals mit dem Ausgang eines glatten Abgebilhten beschäftigt, zu einer in Aussicht genommenen Saläre darüber gebracht es leider an Zeit. Die unreaktionäre „Deutsche Zeitung“ in Berlin, die mit Inbrunst den alten Hausgöttern opfert, war die Plattform, von der aus Krüdmanns Entbedung als Wohltäter der Buchdruckerwelt vor sich ging. Einige Blätter haben ihm die unerbittliche Ehre an, seine „wissenschaftliche“ Berufsberatung im Auszuge zu behandeln. Andre sprachen gleich dem „Korr.“ von „professoralem Unfuss“. So bemerkte der „St. Ingberter Anzeiger“ lakonisch: „Das ist natürlich ein professoraler Unfuss. Diese Herren konnten wohl mit Brauerei hiltstehen lassen, aber selbst am Sechsten lange hilt zu leben in einer Haltung, die von Jugend an gelernt sein will, das ist wohl etwas anders“. Gewiß, es macht einen großen Unterschied aus, bislang als eigene Arbeit andre kommandiert zu haben und nun geistig und körperlich selbst anstrengend minutiös arbeiten zu müssen. In der „Rheinischen Zeitung“ (Köln) sah ich ein uns wohlbekanntes Verfasser gut, aber wohl zu ernsthaft mit Krüdmann-Kolumbus auseinander. So glaubten wir diese Verrücktheit viele heutzutage auflebende Schlagwortweihen und „Tagesprobleme“ wieder erledigt zu haben. Nun erhalten wir aus Berlin das Organ „Bund Deutscher Offiziersfrauen“, in dessen Ausgabe vom 25. Oktober „Das Schicksal unserer Offiziersfamilien“ als Leitartikel prangt. Krüdmann wäre also mit der Aufforderung am Schluß seines Artikels, die Offiziersvereinigungen möchten sich einmal gründlich dieser Frage annehmen, es könnte so „mehr als einer aus der Not errettet werden, und der sozialdemokratische Terror kann gebrochen werden“, vor der richtigen Schmiede angelangt. Eintreten bei den Offizieren aus der wilhelminischen Zeit die Hausfeldweihen jedenfall mehr zu sagen haben als die welland „Edelsten der Nation“. Der freundliche Übermittler meint in seinem Begleiterschreiben mit der den Berlinern eignen Magelröhrchen, das Ganze wäre einfach „Quack mit Solbe“. Er hat recht damit, denn des Herrn Professors Auffassung, es werden „gebildete Seher schon in der Lage sein, durch zielbewußtes Sparen und Zusammenlegen des Erparnten Sehergenossenschaften zu bilden, die schließlich eine eigene Buchdruckerei gründen können“, ist ebenso buchdruckerweltfremd als seine andre: „Es gibt außerordentlich viele Verleger, besonders viele Zeitungsverleger, die, wenn ihnen die Sicherheit für gleich gute Arbeit geboten wird, gern mit einer solchen Genossenschaftsdruckerlei abschließen werden“, jeden realen Sinn bei den Zeitungsverlegern verneint. Gleichermassen verhält es sich mit den andern Verfassern Krüdmanns, die wir schon in Nr. 55 beleuchtet haben. Das „zielbewußte Sparen“ ist den „gebildeten“ wie den „ungebildeten“ Sehern bei den demaligen Umständen zwischen Lohn und lüdnhaft verfeuerter Lebensführung ein Krüdmannsches Buch mit sieben Siegeln. Die von den Prinzipalen mit und ohne Zeitung immer gern unterwerfene Leistungsfähigkeit ihrer Personale würde aber köwerlich in das Gegenteil umschlagen, wenn praktisch und durchgebildete Offiziere beweisen sollten, daß die „bessere Herkunft“ schon einen höheren Leistungsgrad gewährleistet. Da hat die „Zeitungskunde“ in Berlin kürzlich hüblig geklappert, wie ein adliger Major a. D. als neugeborener Zeitungserleger mit seiner Arroganz bei der Redaktion begann und mit seinen grobartigen Gehaltsdispositionen im allgemeinen es vollendete, daß das Unternehmen binnen kurzem heruntergewirtschaftet war und bald zerübert werden mußte. Krüdmanns Gewerbebegünstigung erscheint auf das Konglomerat abgestimmt:

Champagner und Eiseln mit Schlaglabne! Die Offizierskreise, denen er damit die Köpfe benebelt haben sollte, tun zu ihrer Ernüchterung gut, den „Korr.“ zu verfolgen, dann werden sie schnell heraushaben, daß die ihnen empfohlene Aufnahme der Tätigkeit des Sehers und Buchdruckers der unglücklichste Vorstoß zur Güte ist, der ihnen nur gemacht werden konnte.

Den armen Buchdrucker-Gesellen ist längst wieder klargemacht worden, daß wenn zwei daselbe tun, es doch nicht daselbe ist. Im „Vorwärts“ lasen wir unter der peremptorisch klingenden Überschrift „Wirtschaftsbeihilfen — tarifwidrig!“ zuerst eine kleine Notiz, im „Berliner Tageblatt“ erließen sie erweitert und zweckentsprechend kommentiert, in der „Zeitungskunde“ war sie als wörtlicher Abdruck aus dem „B. Z.“ zu lesen, und in der Chemnitzer „Allgemeinen Zeitung“ hat man gar ein Artikelschen auf der ersten Seite daraus gemacht. Dieser Walschettel wird wohl als „herumgehender Spech“ noch anderswo unfern Kollegen ein Argernis bereitet haben; gewürzte Zuführten lassen das annehmen. „Eine über den Rahmen des Einzelfalls weit hinausgehende Entscheidung, die von prinzipieller Bedeutung ist“, soll ein vom Schlichtungsausschusse Groß-Berlin gefälltes Erkenntnis sein, dem als Sachverhalt dient: Ein mit der Teuerung und den jetzt zu zahlenden Steuern begründeter Antrag der Arbeiterkassette von Rudolf Mosse in Berlin auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 300, 200 und 100 Mk. wurde vom Schlichtungsausschusse einstimmig abgelehnt, da „die Firma Rudolf Mosse durch Tarifverträge gebunden sei, in denen nichts von einer Wirtschaftsbeihilfe stehe“. Die hinzugefügte Kommentierung besagt: Diese Entscheidung sei von allgemeiner Bedeutung; zum ersten Male wurde ausgesprochen, „daß Tarifverträge auch von den Arbeitnehmern zu respektieren sind“ — wie kann eine solche immer schon geltende Selbstverständlichkeit nur als zum erstenmal ausgesprochen bezeichnet werden? Weiter heißt es, die Unternehmer seien nicht verpflichtet, „über den Rahmen ihrer tariflichen Verpflichtungen hinausgehende Sondervergütungen zu gewähren“. Wenn auf das Wort „verpflichtet“ die Betonung liegen soll, ist gegen diese Auffassung nichts zu sagen. Aber daß Wirtschaftsbeihilfen tarifwidrig wären, wenn in einem Tarife von ihnen nichts steht, das wäre ein geradezu vernunftwidriger Standpunkt vom Berliner Schlichtungsausschusse. In keinem Arbeitsstatte wird alles geregelt und paragrafisiert angetreten sein, für die Arbeiter und für die Unternehmer nicht. Was nun aus der gewerblichen Praxis oder aus den Zeitverhältnissen heraus sich einstellt, sei es auf dieser oder auf jener Seite, kann aus tatsächlichen wie aus Klugheitsgründen doch nicht einfach als tarifwidrig deklariert werden. Wie hätten unsere Prinzipale und alle Unternehmerkreise da glatt abfallen müssen mit den vielen, aus den Rösen der Kriegszeit erforderlich gewordenen Maßnahmen? Mit der Frauenarbeit im besondern, die doch nur ganz wenige Tarife vorgegeben hatten. Bei Minimaltarifen wie dem unfrigen gibt es zudem nur nach unten in der Bezahlung und nach oben in der Arbeitszeit eine Begrenzung. Höhere Teuerungszulagen wie geringere Arbeitszeit als die kollektivvertraglich vereinbarten können gar nicht tarifwidrig sein. Wirtschaftsbeihilfen gleichfalls nicht. Diese sind ja auch nicht etwa eine Einzelerleichterung, sondern werden in allen Gewerben und Industrien mit Tarifverträgen anzutreffen sein, sind entweder zwischen den beiderseitigen Organisationen oder sogar vor Schlichtungsausschüssen zustande gekommen und auch von Stadtverwaltungen und staatlichen Behörden ihren Beamten und Arbeitern zugestanden worden, deren Verhältnisse entweder direkt oder indirekt geregelt sind. In Leipzig ist das soeben erst geschehen; der Rat lehnte ab, die Stadtverordneten jedoch bewilligten. Und das, obwohl in der Einwohnerkassette und nicht zuletzt bei den Arbeitern wegen eines dadurch kommenden dritten Steuertermins gar keine für die städtischen Angehörten günstige Stimmung herrscht. Die Unabhängigen erklärten sich sogar gegen die Wirtschaftsbeihilfe, sind aber für eine von Grund aus vorzunehmende Gehaltsreform.

Wir stellen uns in diesem Fall auch noch aus der Erwägung auf ihren Standpunkt, weil die sogenannten einmaligen, sich aber ständig wiederholenden Teuerungszulagen wie auch die artverwandten Wirtschaftsbeihilfen auf Steuerhinterziehung auslaufen, denn als nichtständige Gewährungen bleiben sie steuerfrei; das ist um so mehr eine Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitern, als z. B. in Preußen selbst die laufenden Teuerungszulagen für alle im Staatsdienste Beschäftigten der Verteuerung nicht unterliegen. Aberdies haben wir die Wirtschaftsbeihilfen oder die Entscheidungssummen mehr als einen Trugschlus angehen, da mit diesen gelegentlichen Gewährungen einem dauernden Mangelstand noch weniger abzuwehren ist. Haben in Leipzig die städtischen Angestellten die Erfüllung ihres Anspruchs hauptsächlich mit unverbolener Streikandrohung durchgesetzt, so müßte ihre leibliche Wirtschaftsbeihilfe doch auch einen tarifwidrigen Charakter haben. Wenn fällt es ein, so etwas zu behaupten? Wo wäre das in den ungezählten andern Fällen, den normal wie den anormal erlebigen der andern Arbeiter, geüben? Ausgerechnet bei den Buchdruckern wird aber die Entbedung der Tarifwidrigkeit gemacht! Wir sind nicht in Zweifel, aber möchten es im Zweifelsfall abermals klar aussprechen, daß in tarifvertraglich durchgebildeten Gewerben auf keinen Unternehmer ein Druck ausgeübt werden darf; von Arbeitern nicht zur Erzwingung von Sondergewährungen, von andern Unternehmern oder deren Organisation nicht auf Unterlassung von solchen. Die Freiwilligkeit darf von keiner Seite angefordert werden. Die Wirtschaftsbeihilfen können nichts anders sein als die nachahmenswerten Beispiele im allgemeinen. Die unerkennbare Mollage der Beihilfen sollte aber nach aller Leistungsfähigkeit dazu anspornen. Die „Allgemeine Zeitung“ in Chemnitz tut in ihrer Ausschmückung der Ungelegenheit ein übriges, indem sie sagt, letzten Endes bedeute die Forderung von Wirtschaftsbeihilfen einen Bruch von eingegangenen Tarifverträgen. Da muß denn erklärt werden, nachdem wir zunächst selgen wollten, wie unhaltsbar der ausgerechnet für die armen, mit Wirtschaftsbeihilfen ziemlich verlohnt bleibenden, in den Teuerungszulagen aber immer noch zu knapp gehaltenen Buchdrucker-Gesellen künstlich gezimmerte neue „Rechtsstandpunkt“ ist, daß ein solcher überhaupt nicht existiert! Der Berliner Schlichtungsausschusse hat gar nicht entschieden, daß Wirtschaftsbeihilfen tarifwidrig sind! Die am 17. Oktober gefällte Entscheidung geht vielmehr dahin, daß über die bestehenden tariflichen Abmachungen der Schlichtungsausschusse nicht hinausgehen könne und deshalb den Antrag des Mosse'schen Personals ablehnen müsse. Einstimmigkeit ist ebenfalls nicht vorhanden gewesen, ein Vertreter des Guttenbergbundes hat mit den Unternehmervertretern votiert. Die beiden andern Arbeitervertreter (ein Kollege und ein Schwager vom Stein) haben den jedenfalls das Richtige treffenden Standpunkt vertreten, wenn man schon eine Wirtschaftsbeihilfe nicht aussprechen wolle oder könne, in Anbetracht der Zeitverhältnisse aber doch der Firma Mosse die Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe empfohlen werden sollte. Ein Zeitungsreporter hat entweder die Sache verquatscht oder eine interessierte Seele hat sich in Interpellationen geübt, die im vorstehenden nun wohl gründlich über den Haufen geworfen sind.

Zum dritten könnte uns das Kapitel Buchdrucker und Berliner Metallarbeiterkreise ausgiebiger beschäftigen. Wir wollen aber nur einiges sagen, um verschiedenen Einwendungen gerecht zu werden, die in Form von Zuführten oder Artikeln sich gegen die bestandene Absicht wenden, die lebenswichtigsten Betriebe lahmzulegen, die Zeitungen zum Stillstande zu bringen (bei zwei der Zeitungs-großbetriebe auch vorübergehend geschehen), die ganze Sache ins politische Fahrwasser zu steuern, einen Generalkrieg daraus entstehen zu lassen, und die sich auch dagegen ausließen, wie in Druckerkreisen manchmal diejenige behandelt werden, die aus diesen Erscheinungen und andern Wahrnehmungen heraus mit der bei rein wirtschaftlichen Kämpfen und deren klaren Zielen sonst gern ge-

wiesenen Solidität diesmal zurückhaltender sind. Es wird auch eingeworfen, daß die Buchdrucker bei ihren nicht unbeträchtlich niedrigeren Löhnen trotzdem nicht daran gedacht haben, die Metallarbeiter oder andre Arbeiterkategorien zur materiellen und tatsächlichen Unterstützung aufzurufen, als ihre Unternehmer sich im August anstellten, gleich für das ganze Reich die Feuerungsanlagen abzubauen; die Berliner Metallindustriellen hätten eine solche Absicht bis zuletzt bestritten, unsre Prinzipale aber sagten es ziffernmäßig heraus, um wieviel sie reduzieren wollten. Das wäre so der Vertrag von dem, was einige Berliner Kollegen im „Storr.“ zum Ausdruck bringen wollten. Wir glauben von den Einsendern annehmen zu müssen, daß sie für die Nachfahren der Altbekanntesten keine Sympathie hegen und auch von der alten Buchdruckeropferbereitschaft nicht abzurufen gedenken. Ohne diese Voraussetzungen würde über die von ihnen vorgebrachten Argumente nicht zu reden sein. Daß in der Berliner Arbeiterschaft die Meinungen über die Aktion der Berliner Metallarbeiter und das Bestehen, weitere Arbeitergruppen einzuspinnen, recht gestellte sind, erklärt sich nicht nur aus der politischen und gewerkschaftlichen Befehung. Die Berliner großen Verkehrsstreiks mit ihrem schließlichen unbefriedigbaren Mißerfolge haben eine beträchtliche Verpflanzung hinterlassen bei denen, die darunter sehr zu leiden hatten. Aus dem Metallarbeiterstreik dröhren ähnliche und zum Teil noch schlimmere Omentualitäten, stellen- und tageweise gab es ja schon kein Gas und keine Elektrizität; gegen Arbeiterstreiks sind die modernen Gewerkschaftsaktive aber dennoch, und das an sich mit Recht. Darum vielfach bedenkliche Stimmen gegen die neuen Kampfmethoden, z. B. daß die Maschinen und Helzer als Stoßtrupp eingeseht worden sind. Die Streikmüdigkeit ist in Wirklichkeit größer, als es den Anschein hat. Der „Streiksozialismus“ findet bereits ein skeptisches Publikum, und gegenüber den Streikparolen der „revolutionären Gewerkschaftsführer“ beginnt man sich auf das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu bestimmen. Der Berliner Kampf hat zwar die Zustimmung der Metallarbeitergeneralversammlung gefunden, denn sie mußte ihn als Tatsache hinnehmen, aber die angewandte Taktik begegnet vielfach Zweifel und über die Kriegsholten hürten verblüffende Sachen. (Se nach den Familienverhältnissen werden in zehn Stakelungen 74 bis 142 Mk. wöchentlich gezahlt; durch die neuen tarifmäßigen Bestimmungen erfolgt jetzt noch Erhöhung.) Nun ist jetzt die Situation eingetreten, daß nach sechswöchiger Dauer und trotz ausgenommener Verhandlungen wegen eines Differenzpunktes mit den Metallindustriellen über die Arbeiterausschlüsse, Betriebs- und Arbeiterräte der Ausbruch des Generalstreiks doch noch droht. In einer allgemeinen Versammlung der Arbeiterausschlüsse und Arbeiterräte von Groß-Berlin gaben die Kommunisten ihrer Freude, daß man endlich den politischen Charakter des Metallarbeiterstreiks erkannt habe, geradezu bedenklichen Ausdruck. Wie dieser schon länger zu erkennen war, wenn auch nicht im allerersten Stadium der Kampfwentwicklung, so ist der Generalstreik wohl überhaupt gleich das Ziel gewisser Leute gewesen; es wollte sich nur kein plausibler Grund finden, sogar Nocht brachte ihnen eine Entlastung. Der „Vorwärts“ wandte sich in klarer Form gegen die in seiner Versammlung angenommene Resolution, die die Unabhängigen und ihre kommunistischen Bundesfreunde im Spiele miteinander zügelte, sowie gegen den Mißbrauch der Gesamtbevölkerung „als Werkzeuge für politische Zwecke“. Wenn sich jetzt die Dinge tatsächlich „programmatisch“ entwickeln sollten, dann wird auch die „Freiheit“ einige Vornunftsbroden zum besten geben müssen, wie es nach dem verbrachten Streik der städtischen Hilfskräfte in Berlin der Fall war, und wie sie es in den Spätnovembertagen 1918, als das Streikheer aufzulaufen begann, sehr gut verstanden hat. Die neuere Entwicklung hat im allgemeinen bestätigt, wie in den uns zugegangenen Artikeln der Berliner Metallarbeiterstreik beurteilt wird, nur sind wir noch nicht ganz im Bilde, ob die Metallindustriellen ein Vorrecht an dieser Zuspaltung beanspruchen können. Bedenklich haben in der Vertrauensmännerversammlung der Buchdrucker (18. Oktober), worüber der „Vorwärts“ ausführlich berichtete, verschiedene Redner Ausführungen gemacht, die sich mit jenen Einwendungen decken und die zeigen, daß unter unsern Kollegen das kritische Augenmaß noch nicht abhanden gekommen ist und die Weibels Wort von dem notwendigen Mißtrauen gegen die Führer auch denen gelten lassen, auf die es eher gemüht gewesen ist als auf die „Gewerkschaftsbureauführer“; in Berlin sollte man damit nicht zu zurückhalten. Die Buchdruckervertrauensleute brachten, wie auch die Organisationsleitung, die in der Sache begründete Solidität gegenüber den Metallarbeitern zum Ausdruck, wolle diese aber mit keinem Experimenten zu andern Zwecken verbunden sein. Ein Redner trat zwar für Sabotierung der gesamten bürgerlichen Presse ein, weil diese Lügenmeldungen über den Metallarbeiterstreik verbreite, die Versammlung ging aber auf diesen Vorschlag nicht ein; andererseits fand die Deklaration als politischer Streik Abweisung. Die Frage der Verwendung von „Streikbrechertruppen“ war nicht nur in der Versammlung kritisch, sondern auch bei nachfolgender Unterhand-

lung mit der Streikleitung. Es wurden ferner Stimmen laut, daß doch erst einmal die Metallarbeiter von ganz Berlin sich im Kampfe befinden müßten, ehe andre Arbeitergruppen herangezogen würden. Daß die Einigungs-Kommission der Metallarbeiter, d. h. die oberste Einigungs-Kommission, sowohl in bezug auf die Ausdehnung der Streiks wie die Festlegung der Berliner Arbeiterschaft möglichenfalls Absichten hatte, kann mehr als wahrscheinlich genannt werden; ebenso ist anzunehmen, daß der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, der im weiteren Verlaufe mitbestimmend in die Leitung eintrat, manche Abertreibung und falsche Handlung zu verhindern gewußt hat, obwohl er in der Mehrheit sich aus Unabhängigen zusammensetzt. Sehr schmerzhaft es damit aus zu sein, linksunabhängige kommunistisch haben entscheidenden Einfluß gewonnen. Wenn die Masse nicht von ihrem Rechte Gebrauch macht, auch bei der „revolutionären Gewerkschaftsführung“ und entscheidend mitzusprechen, kann man etwas erleben. Daß nicht alles so hingenommen werden kann, wie es die neuen, fast immer zu sehr ausulandenden Strategen belieben, zeigt sich an der von der „Freiheit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ in der vorigen Woche geübten Kritik über die Beschlüsse der Reichskonferenz der Betriebsräte am 24. und 25. Oktober in Halle a. d. S. zur Gewerkschaftsfrage. Das muß auch in bezug auf den Berliner Metallarbeiterkampf gesehen, der in seinem berechtigten Kern der Sympathie gar nicht entbehren soll. Aber es ist doch verständlich, daß sowohl in Leipziger Halle mit der freieren Wirtschaftsbetriebe von 1000 Mk. für die städtischen Beamten unsre deswegen größtenteils zu einem neuen (drilling) Steuertermin verpflichtet, schlechter als die Beamten gestellten Kollegen nicht termhoch begelktert sein können, wie im Berliner Fall auch ohne die prinzipiellen Bedenklichkeiten die Frage, wer der lieber gestellte und der bedrohtere Teil ist, nicht so einfach liegt. Denn nach den auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins über die bekannte Abwehrorganisations gebieten Verkaufsbarungen kann uns gegenüber den Metallarbeitern in den Industriekreisen (tatsächlich armen Buchdruckerstellen ja noch mancherlei bevorzugen. Wenn man an den unbefriedigten Sympathie begegnetenen wochenlangen Kampf im Leipziger Buchhandel zurückdenkt, dann wird man aus den starken Unterschieden noch mehr lernen können. Der erfolgreichste und auch am wenigsten Rückschlüsse bringende Kampf ist doch der mit den geringsten Mitteln und mit wenigstem Menschenverstand zum größten Nubefekt geführt. Das ist allerdings nicht von heute auf morgen ersicht.

Mit drei großen Strichen haben wir gesagt, wie die Buchdrucker die Straßen der allgemeinen „Sympathie“ auch sich lenken — ob, uns Armen! Müßen wir aber immer Ambos oder Gebrauchswerkzeuge sein?

### □ □ □ Volkswirtschaft □ □ □

**Die allgemeine wirtschaftliche Lage**  
Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat am 27. Oktober in der deutschen Nationalversammlung bei einer Auserwählung von nur 15 Abgeordneten (von 433 Abgeordneten insgesamt) eine Darstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands gegeben, die nach unsrer Auffassung mit den tatsächlichen Verhältnissen, soweit die Lebenshaltung der breiten Masse in Frage kommt, überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist. Er ließ sich dabei offensichtlich von dem Zeitreiben leiten, die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums als erfolgreicher hinaufstellen, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. Doch hören wir zunächst den Minister selbst. Er sagt, der Bevölkerung werde jetzt ein besseres Brot geboten und der Landwirtschaft ein vermehrter Aneinsatz. Die Einfuhr von amerikanischem Mehl, Getreide, Schweinefleisch, Speck, getrorenem Fleisch und Konferven sei erheblich gewesen. Infolgedessen konnte der einheimische Rindviehbestand gesichert werden, der trotzdem gegen die Friedenszeit noch eine Verminderung um 12,4 Proz. aufweise. Die Zahl der Milchkühe sei um 15,8 Proz. zurückgegangen und die der Schweine gar um 62,3 Proz. Aus dieser schlechten Lage der inländischen Fleischquellen ergäben sich auch seine Bedenken gegen energische Zwangsmassnahmen bezüglich der Viehablieferung. Die Kartoffelbewirtschaftung lie die gleiche wie im Vorjahre, leide aber vor allen Dingen unter dem allzu großen Mangel an Transportmitteln. Nur 50 Proz. der erforderlichen Güterwagen fanden zum Karstoffversand zur Verfügung. Er sei mit seiner Macht am Ende, wenn die Wagenstellung nicht größer werde. Die Kartoffeln aus Polen für Sachsen, Berlin und einige andre Großstädte kämen auf 16 Mk. pro Zentner zu stehen. Die Margarinebefeuerung soll bei genügender Kohlenversorgung auf 150 g pro Woche und Kopf gehalten werden. Er stelle fest, daß die Lebensmittelpreise in den letzten Monaten wieder wesentlich in die Höhe gegangen seien. Dagegen könne bis zu einer gewissen Grenze überhaupt nichts unternommen werden, da hierfür die Preisbestimmung im Auslande maßgebend sei. Höchstens könne eine härtere Bekämpfung der wilden Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt einige Besserung bringen. Eine Preislenkung ins Inland erfordere ungeborene Summen. Die dafür bemittelten 1 1/2 Milliarden seien längst aufgebraucht. Die Lage auf dem Weltmarkte sei nicht unangünstig. Lebens-

mittel seien genug zu haben, nur unsre Zahlungsfähigkeit sei beschränkt. Mit Getreide, Fleisch, Gemüse und Milch seien wir auf lange Zeit hinaus versorgt. Unsr Einfuhr im ersten Halbjahre 1919 habe erst ein Fünftel der Halbjahreszufuhr im Frieden erreicht, aber trotzdem mühten wir für dieses Fünftel mehr bezahlen als für die ganze Halbjahreszufuhr im Frieden. Die Ausfuhr betrage nur den sechsten Teil der Friedenszeit; ihre Wertsumme betrage aber das Sechsfache. Immer deutlicher trete hervor, daß viel zu billig an das Ausland verkauft werde. Die Kohlenfrage bilde jedoch die Achillesferse. Die sie aber viel weniger auf die Förderung als auf die mangelhafte Beförderung zurückzuführen. In der Braunkohlenproduktion sei nahezu die Friedensleistung erreicht. Neben einigen klaren Worten gegen die Streiks aus politischen Gründen und etlichen Warnungen an die Orinte, besonders gegenüber Frankreich, wegen der überpannten Anforderungen von Kohlenlieferungen, waren das die wesentlichen Punkte, die der Reichswirtschaftsminister zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage vorzubringen hatte.

Mit dieser knappen Darstellung dürfte nach unsrer Auffassung nicht nur die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands so hilflos wie nur irgendmöglich, sondern auch die Hilf- und Ratlosigkeit mit samt der Ohnmacht des deutschen Reichswirtschaftsministeriums und der deutschen Nationalversammlung gekennzeichnet sein. Daß nur 15 von über 400 Abgeordneten des obersten deutschen Parlaments es für nötig erachteten, bei einer so wichtigen Frage, wie sie die Ernährung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes bedeutet, persönlich anwesend zu sein, zeigt entweder eine Interesselosigkeit oder eine Gleichgültigkeit gegenüber den wichtigsten Lebensfragen, für die es überhaupt keine Entschuldigung mehr gibt. Es kommt darin eine Sabotage des gesamten Wirtschaftslebens zum Ausdruck, der gegenüber der ganze Kommunismus- und Spartakuswummel einfach ein Kinderpiel ist.

Denn wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Wo ist das bessere Brot, das der Bevölkerung geboten wird? Man frage die Arzte! Wo ist das amerikanische Mehl, Getreide, Schweinefleisch, das getrorene Fleisch, der Speck, die Konferven? Es war einmal; nur heute nicht mehr. Bergeboh liegen zwar im freien Handel die Lebensmittel; aber nur für Staats- und Gemeinbedienten mit hohen Gehältern und Wirtschaftsbeihilfen, für Parolen des „freien Spiels der Kräfte“ in Industrie, Gewerbe und Handel, doch nur nicht für die große Masse des Volkes, nicht für die Arbeiterschaft. Der einheimische Rindviehbestand wurde und wird geschnitten — der Menschenbestand durch planmäßigen oder planlosen Abbau der Zwangswirtschaft der willkürlichen Ausbeutung durch Freihändler und Manchestermänner preisgegeben. Die Kartoffelwirtschaft ist die gleiche wie im Vorjahre, sagt der Reichswirtschaftsminister. Voriges Jahr gab es nach der Ernte sieben Hund pro Kopf und Woche, dieses Jahr gibt es nur fünf. Wer Geld hat, bekommt allerdings in diesem Jahre noch viel leichter als im vorigen Jahre Kartoffeln in Hülsen und Fülle, aber nur hinterherum. Es fehlt an Güterwagen und Schiffen zum Transport der Kohlen und Kartoffeln. Statt daß nun z. B. alle großen industriellen Anlagen von Krupp zum Bau von Güterwagen oder Lastautomobilen mit Anhängern umgestellt werden, plagen sich die Herren dieses Unternehmens mit der Umstellung ihrer früheren Kanonenfabrikation zur Herstellung von Photographieapparaten; jedenfalls, um das Geld der deutschen Wirtschaft noch bildlich zu verewigen. Durch die von dem deutschen Vaterlandsverrättern in Offizierskreisen verursachte Diffeblochade ruht längere Zeit schon der Verkehr deutscher Schiffe an der ganzen Diffeküste. Der Verkehr der regelmäßigen Dampfschiffahrt nach Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin ist lahmgelegt. In allen großen Städten an der Diffe häufen sich die beladenen Güterwagen, da die Verfrachtung ihrer Ladung nicht möglich ist. Aber in Oberhessen faugen die Kohlenbarben an zu brennen, weil sie nicht abtransportiert werden können! Die Diffeblochade durch die Orinte ist gewiß ein großes Verbrechen an einem wehrlosen Volke, aber weit größere Verbrechen sind doch diejenigen, die durch den fortgesetzten ballischen Raubzug erst dazu Anlaß gegeben haben und neben der Verhöhung deutscher Vertragsstrafe auch noch die deutsche Transportnot vergrößerten.

Wenn der Reichswirtschaftsminister ferner zugibt, daß die Lebensmittelpreise in den letzten Monaten wieder gestiegen sind, so ist das eine Wirtenswahrheit. Warum wird er aber dagegen nichts unternommen? Weil das Ausland die Preise bestimmt! Warum werden aber nicht auch die Preise für die deutschen Ausfuhrwaren diesen Auslandspreisen in einheimischer Weise angepaßt? Warum wird nicht endlich mit der fraurigen Schmutzhungrigen deutscher Fabrikate auf dem Weltmarkte gebrochen? Wozu sind denn die vielen Reichsarbeitsgemeinschaften geschaffen worden? Kämen nicht diese die Aufgabe, den Absatz der deutschen Produkte im Auslande in der Weise durchzuführen, daß deutsche Arbeit so berechnet wird, wie es die teure Lebenshaltung in Deutschland erfordert? Der Reichswirtschaftsminister gibt selbst zu, daß die Lage auf dem Weltmarkte nicht unangünstig sei; Lebensmittel wären genug zu haben. Damit ist also zugegeben, daß ein reichliches Angebot an Lebensmitteln vorhanden ist. Und nach dem auch im Auslande heute noch vorherrschenden prinzipalitätsförmigen Prinzip des „freien Spiels der Kräfte“ werden die Verkäufer dieser Lebensmittel nicht auf den Absatz dieser Waren verzichten wollen und können. Sie werden auch mit einem geringeren Gewinne zufrieden sein, statt ihren Wert gänzlich einzubüßen. Wir glauben daher, daß es für die deutsche Volkswirtschaft viel vorteilhafter wäre, wenn die zur Ausfuhr gelangenden deutschen Produkte in ihren Preisen jenen Verhältnissen angepaßt

würden, die ihnen eben durch die zur Einfuhr nach Deutschland gelangenden ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe erwachsen. Können das Reichswirtschaftsministerium und die für diese Frage in Betracht kommenden Industriellen und Handelskammer sich zu dieser Auslegung nicht aufschwingen, so bleibt eben nichts anderes übrig, als daß die deutschen Gewerkschaften so schnell wie möglich durch eine große und einheitliche Lohnbewegung ihr Einkommen mit den Preisen der ausländischen Lebensmittel in Einklang bringen. Dann wird der Reichswirtschaftsminister es nicht mehr nötig haben, darüber zu klagen, daß viel zu billig an das Ausland verkauft werde.

Unter einer Anpassung der Preise unserer Ausführartikel an die Weltmarktpreise unserer Einfuhrartikel verstehen wir aber keine gleichzeitige Angleichung der Preise für inländische Lebensmittel oder im Inland erzeugte Gebrauchsgüter für den inländischen Markt. Wenn dadurch kämen wir nur vom Regen unter die Traufe. Wir verstehen darunter auch keinen Abbau der Zwangswirtschaft, sondern eine viel härtere Zwangswirtschaft für jeden Produktions- und Handelszweig, der mit der Aus- und Einfuhr zusammenhängt. Wir sind mit Dr. August Müller der Auffassung, daß es möglich gemacht werden muß, durch eine Vermehrung der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen ausreichende Nahrungsmittel heranzuschaffen, um die Bevölkerung zu ernähren, die wir aus eignen Bobenerzeugnissen einfach nicht ernähren können, selbst dann nicht, wenn die Agrarier Engel statt Teufel in Menschensgestalt wären. Wir sind ferner mit Dr. August Müller der Ansicht, daß es geradezu ein ganz ungeheurerlicher Zustand ist, daß es der ganzen Welt möglich gemacht wird, infolge des Wertminderungs, den wir nächsten besonders beleuchten möchten, in Deutschland zu ganz unerbittlich-niedrigen Preisen einzukaufen und die deutschen Erzeugnisse in den fremden Ländern um Hunderte von Prozenten billiger zu verkaufen, als es mit den in den betreffenden Ländern erzeugten Gegenständen möglich wäre. Die gesamte deutsche Aus- und Einfuhr muß dem freien Handel und damit dem Schieber- und Wucherer entzogen werden, muß unter einheitliche, straffe Leitung der Reichsregierung in enger Zusammenarbeit mit den betreffenden inländischen Industrie- und Handelsverbänden gestellt werden. Für die mehr gezwungen als freiwillig zurückziehenden Reichswehrtruppen aus dem Baltikum mit entsprechender Verpflegung aus den im Inlande vorhandenen Formationen der Reichswehr wäre als wirtschaftliche Grenzschranke zur Unterdrückung des unverhältnismäßigen Schieberlums rundum an den deutschen Grenzen ein geradezu verhältnismäßig reichhaltiger Vorrat der Reichswehr vorhanden. Der Reichswehrminister Noske sollte sich daher so schnell wie möglich mit seinem Kollegen im Reichswirtschaftsministerium in Verbindung setzen, ihm seine große Energie und reiche Macht zur Verfügung stellen, damit endlich dieser überhöhrte Raubbau an der deutschen Volks- und Arbeitskraft an den Grenzen Deutschlands ein Ende finde. Selbstverständlich sollten aber die durch Erhöhung der Preise für deutsche Ausfuhrwaren erzielten Mehreinnahmen nicht den inländischen Fabrikanten und Handelskreisen in den Schoß fallen, sondern ausschließlich einer verstärkten Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen mit entsprechender Verbilligung der Volksgesamtheit zugute kommen.

Eine solche Ausgleichspolitik zwischen deutscher Aus- und Einfuhr würde auf den inländischen Lebensmittelmarkt sehr heilfam zurückwirken. Vor allem würden die Bauern durch eine solche Umgestaltung der Preisregelung der ausländischen Lebensmittel von der Verlockung befreit werden, ihre Produkte zurückzuhalten und auf die höheren Auslandspreise zu spekulieren. Und das arbeitende Volk in Stadt und Werkstatt würde ein ganz anderes Vertrauen zu den gegenwärtig regierenden Männern erlangen, als es jetzt noch vorhanden ist. Sowohl der Reichswirtschaftsminister wie auch der Reichsverkehrsminister werden die ganze deutsche Arbeiterschaft hinter sich haben, wenn sie in solcher Weise dem gegenwärtigen Run aller Schieber und Profitjäger auf die deutsche Volkskraft die Zähne zeigen. Wollen oder können sie zu einer solchen Tat die Herren Geheimräte und sonstigen Räte vor-novemberlicher Zeit nicht aufschwingen, so mögen sich die ehemaligen Gewerkschaftsführer Bauer, Schmidt und Noske endlich daran erinnern, daß wir in Deutschland noch einen Gewerkschaftsbund von sieben Millionen organisierten Arbeitern aller Produktionszweige und eine nach vielen Millionen Ädipen zählende Konsumgenossenschaftsorganisation haben, deren Ziel auch heute noch nichts anderes ist, als das Wohl aller schaffenden Kräfte in Stadt und Land gegen jede Willkür und Ausbeutung zu erkämpfen. Nicht sie haben sich jetzt der Reichsregierung Schwierigkeiten und Hindernisse aller Art bereitet, sondern nur jene Arzelle, die durch ihre verkehrte Wirtschafts- und Handelspolitik den Weltkrieg, den unglücklichen Friedensvertrag mit samt der gegenwärtigen trostlosen Lage des deutschen Volkes zum größten Teil verursacht haben. Da ist es denn kein Wunder, daß wir unter Führung solcher Herrschaften dem endgültigen Zusammenbruch immer näher zuleimen. Diese Katastrophe kann in letzter Stunde nur noch dadurch verhindert werden, daß die Reichsregierung, soweit sie aus Männern des arbeitenden Volkes zusammengesetzt ist, sich darauf besinnt, daß wenn nur die Arbeit uns allein noch retten kann, auch nur die Männer der Arbeit den durch die früheren Sabel, Finanz-, Interneher- und Handelsstrategen zuzukommen geladenen Wirtschaftskarren wieder stolpmachen können. Und dazu brauchen wir eine geschlossene Abwehr aller produktiv schaffenden Kräfte in Stadt und Land als Schutzmauer gegen jede privatkapitalistische Ausbeutung durch Übertragung der gesamten Gütererzeugung und -verteilung einschließlich des internationalen Güterausstausches auf die Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit der organisierten Arbeitertruppen,

und zwar der Hand- wie Kopfarbeiter. Und das sind nur noch die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften. Alle anderen „Wirtschaftsverbände“ sind Feindgräber der deutschen Volkswirtschaft geworden und haben dadurch jede moralische Existenzberechtigung verloren. Sie nähren sich heute nur noch von der Ausladung der deutschen Arbeitkräfte. Je schneller und durchgreifender ihnen dieses kranke Handwerk gelegt wird, desto besser und sicherer wird Deutschlands Neuaufbau möglich sein. Will die vielen, fast unzähligen Arbeitsgemeinschaften, die kurz vor und nach Ausbruch der Revolution gegründet wurden, um die zerrüttete deutsche Volkswirtschaft wieder in Gang zu bringen, haben uns noch kein Wort weitergebracht. Und zwar wohl deshalb nicht, weil wir die Gründung der einzig natürlichen Arbeitsgemeinschaft, die Gemeinschaft der deutschen Arbeiter verümt haben. Und doch wäre dies die einzige, die uns noch retten könnte. Mögen daher alle anderen Arbeitsgemeinschaften über Bord gehen, wenn uns nur der heran-nahende erste Jahrestag der deutschen Revolution die Einigung der deutschen Arbeiterschaft bringen würde! Dann muß die Parole lauten: „Gewerkschaften vor die Front!“, und wir werden es schaffen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Ursberg i. Westf.** Nachdem in zwei gutbesuchten Versammlungen des Ortsvereins die neuen tariflichen Abmachungen besprochen und unter Anerkennung der Arbeit der Gehilfenvertreter und dem Beibehalten über das geringe Ergebnis ein aus der Versammlung gewünschtes brüchiges Vorgehen, um mehr zu erreichen, im Interesse der Hochhaltung der Gewerkschaftsblutlinie abgelehnt worden war, nahm die Versammlung vom 28. September eine Entscheidung ein, in der es unter Hinweis auf die den Reichsbeamten bewilligten Entschädigungssummen und hohen außerordentlichen Teuerungszuschüssen nebst Kinderzulagen u. a. heißt: „Die Teuerungssätze als Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs sind für alle Reichs- und Staatsbürger die gleichen. Dem Reich und Staat erwächst daraus logischerweise die Pflicht, außerordentliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung lo zu treffen, daß sie der ganzen Bevölkerung zugute kommen. Die einseitige besondere Fürsorge für die Reichs- und Staatsbeamten und -arbeiter ist um so weniger berechtigt, als Reich und Staat nicht in der Lage sind, diese Ausgaben aus den Einnahmen eigener Betriebe zu bestreiten, obwohl Eisenbahn- und Postkarte in allen ihren Formen eine sorgfältige Steuerung erfahren. Die Steuern der Staatsbürger, direkte und indirekte, sind somit die Einnahmequellen, aus denen die Ausgaben für außerordentliche Zuschüsse an Staatsbeamte und -arbeiter bestreiten werden. Diese Methode eines republikanischen Staatswesens, nur einer gewissen Gruppe von Staatsbürgern in allgemeiner wirtschaftlicher Not vorab höhere Hand zu bieten, ist in hohem Maße geeignet, Unzufriedenheit unter der übrigen Bevölkerung zu erzeugen und die Unsicherheit im Innern noch zu vermehren. Die Privatarbeiterschaft, und in erster Linie die Buchdrucker, ist nicht inlande, auf friedlichem Wege durch Privatverträge einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Teuerung herbeizuführen. Sie befindet sich der staatlichen Arbeiterschaft gegenüber — die jetzt Zulagen von 1000 Mk. und darüber zu gewärtigen hat, nachdem sie bereits im Laufe des Sommers eine solche von mehreren Hundert Mark erhielt, und deren Höhe ab 1. Oktober eine ansehnliche Steigerung erfahren — in einer Lage, welche zur Erstarrung führt. Daß die Teuerungszulagen der Privatarbeiter, im Gegensatz zu denen der staatlichen Arbeiter, veräußert werden und auch heute in dieser Beziehung noch keine Gleichheit geschaffen ist, ist ebenso bedauerlich wie aufreizend. Der Ortsverein Ursberg stellt sich auf den Boden der Tarifgemeinschaft in Gelogenschaft seiner Zentralorganisation, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. In Erkenntnis aber, daß die auf der Grundlage der Tarifgemeinschaft aufgebauten Röhne die Differenz zwischen Einnahmen und Teuerung nicht ausgleichen können, richtet der Ortsverein an den Verbandsvorstand das Ersuchen, auf dem Wege durch die Generalkommission der Gewerkschaften bei Reichs- und Staatsregierung Vorstellungen zu erheben dahingehend, bei außerordentlichen Maßnahmen zur Vinderung der Teuerungssätze und der damit verbundenen Inanspruchnahme staatlicher Mittel sich von dem Grundsatze leiten zu lassen, damit der Gesamtheit zu dienen und jetzt angesichts des Winters auch der Privatarbeiterschaft, gegebenenfalls unter Beteiligung der Kommunalverbände, Entschädigungszulagen zu gewähren. Die einseitige Fürsorge für die staatlichen Beamten und Arbeiterschaft erzeugt bei den Privatarbeitern das Gefühl der Staatsbürgerlichkeit zweiten Ranges.“

**Karlshude. (Machtmehrer.)** Die am 28. September abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung nahm nach einem vom Vorsitzenden gegebenen instruktiven Referat Stellung zur Tarifausschüttung. Alle Kollegen wurden sich darin einig, daß man mit dem Erreichten nicht zufrieden sein könne. Zu allermindest hätte man ein Entgegenkommen bezüglich der früher bestandenen kürzeren Arbeitszeit erwarten dürfen. Gegen den geplanten und teilweise schon eingeführten Abbau der 23prozentigen höheren Entlohnung müsse mit aller Entschiedenheit protestiert werden. Dies sowie noch andre den inneren Ausbau unserer Sparte betreffende Aufgaben müsse einen alsbald einzuberufenden Kongreß beschäftigen. Von einer Entschlebung wurde Abstand genommen, da sich das Bild der Ausführungen in Jener von der Ortsvereinsversammlung angenommenen („Korr.“ Nr. 112) piegelf. Einige

in letzter Zeit im „Korr.“ erschienenen Artikel, insbesondere jener mit F.-S. geschickte, fanden entschiedene Zurückweisung. Im technischen Teile wüßte man neben andern der zur Zeit bestehenden Kaskalamentä belobende Aufmerksamkeit. Im Hand verführer Apparat für Spiritus und Petroleum hatte die technische Kommission den Anwesenden manch gute Anregung zu geben verstanden.

**Bezirk Koburg.** Die zweite diesjährige ordentliche Bezirksversammlung wurde am 28. September in Koburg abgehalten, zu welcher insgesamt 112 Kollegen aus den Bezirksorten Kurg, Hildburgau, Meiningen, Sonneberg und Thamar erschienen waren. Gauvorsteher Prox (Weimar) erstattete einen ausführlichen Bericht über die letzte Tarifausschüttung und deren Ergebnis. Außerdem gab er ein Situationsbild über die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe. Die Ausschüsse gab die Unzufriedenheit aller Kollegen über die geringe Teuerungszulage in erregter Stimmung wieder, auch wurde ausdrücklich betont, daß die Provinzkollegen den Großstädten gegenüber entschieden im Nachteil in den Teuerungszulagen sind. Das Spannungsverhältnis in der Entlohnung werde zugunsten der Provinzler immer größer, trotzdem die Teuerungszulagen in den kleineren Druckorten nachweislich größer oder mindestens gleichfalls als die der Großstädte seien. Als geradz herausfordernd bezeichneten sämtliche Versammlungsteilnehmer den Antrag der Prinzipale auf den Abbau der Röhne im Buchdruckgewerbe, der hohnsprechend gegenüber der herrschenden Teuerung bezeichnet werden muß und von wenig Verständnis für die Notlage der Gehilfen zeugt. Wenn auch die Gehilfenvertreter, um des gewerblichen Friedens willen, selber nicht mehr erreichen konnten, so mußte doch in Anbetracht der äußerst schwierigen Existenzmöglichkeiten bei den zunehmenden Tarifanfragen für die Druckerei Hildburgau, Meiningen und Sonneberg die sofortige Bezahlung des von 5 auf 7 1/2 Proz. erhöhten Lokalzuschlags beantragt werden. Da Koburg eine der teuersten Städte im Bezirk und in Thüringen ist, sollte schon längst in eine höhere Serviceklasse gehört, beantragten die Koburger Kollegen eine Erhöhung des Lokalzuschlags von 7 1/2 auf 10 Proz. Bezirksvorsteher Weisemann (Koburg) stellte einen Entwurf über die Vergütung amtlicher Druckarbeiten mit, der in Koburg zur Durchführung gelangt und in den Druckorten des Bezirks zur Einführung empfohlen wird, um damit auf dem Wege der Sozialisierung vorwärts zu kommen. Das Andenken der im Kriege gefallenen Kollegen des Bezirks wurde mit ehrenden Nachrufworten und Erheben von den Siben geehrt. Die Kollegen Baudier, Braunschmidt und Ruppel (Koburg), Edelmann (Hildburgau), Rüter und Thomas (Meiningen) wurden jeweils des Bezirksvorstehers und des Gauvorstehers zu ihrer 25jährigen Verbandsmittelschaft aus herzlich beglückwünscht. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Bezirksversammlung ihr Ende.

□ □ □ Rundschau □ □ □

**Nachahmenswertes Beispiel.** Die Firma „Buchkunst“ Druck- und Verlags-Gesellschaft, in Bad Reichenhall erklärte sich bereit, den örtlichen Lokalzuschlag von 2 1/2 auf 10 Proz. zu erhöhen und auch die entsprechende höhere Teuerungszulage auszusahlen, und zwar bis zur Einführung eines erhöhten Lokalzuschlags auf tarifgehebltem Wege.

**Freudliche Steigerung der Auflage unseres Verbandsorgans.** Mit dem heutigen Tage hat die Auflage des „Korr.“ wieder die Zahl von 50000 erreicht. Damit sind wir erfreulicherweise annähernd wieder auf den Umfang unserer Leserzahl wie kurz vor Kriegsausbruch angekommen. Ende Juli 1914 hatten wir eine Auflage von 51600. Während der Kriegsjahre bewegte sich die Auflage jeweils am Jahresabschluss in folgenden Schwankungen: 1914: 33000, 1915: 28400, 1916: 27600, 1917: 27200 und 1918: 29900. Seit Ende vorigen Jahres hat sich demnach die Auflage um 20100 erhöht. Es dürfte für viele Leser von Interesse sein, daß dieser Steigerung auch die Entwicklung der Auflage des „Korr.“ aus noch weiter zurückliegenden Jahren kennen zu lernen, wozu nachstehende Zusammenstellung der jeweiligen Jahresabschlüsse seit 1889 dienen kann:

1889	3750	1900	19950	1911	48700
1890	4425	1901	21450	1912	49300
1891	8100	1902	22700	1913	49300
1892	5670	1903	24500	1914	33000
1893	5405	1904	26850	1915	28400
1894	9280	1905	30400	1916	27600
1895	10690	1906	35850	1917	27200
1896	11775	1907	38950	1918	29600
1897	12550	1908	40700	1919	50000
1898	13625	1909	42050	(1. Nov.)	50000
1899	17850	1910	44600		

Am 1. Juni 1913 war erstmalig die Auflage des „Korr.“ von 50000 erreicht. Da in verschiedenen Gauen das Obligatorium noch nicht eingeführt ist und in einzelnen nur das halbe (auf zwei Mitgliedsler ein Exemplar), so kann die Auflagezahl in Zukunft noch erheblich größer werden, wenn endlich dieser alte Joch beseitigt wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß dies sobald wie möglich geschieht. Wenn das Verbandsorgan gebührt in die Hände jedes einzelnen Mitgliedes, weil nur dadurch ein volles Verständnis für alle wichtigen beruflichen, organisatorischen und tariflichen Fragen gewonnen werden kann. Der äußerst niedrige Bezugspreis von nur 65 Pf. vierteljährlich ohne Postbefehlgebühr kann dieser Notwendigkeit doch nur förderlich sein.

Buchdrucker in der Gemeindeverwaltung. Kollege Albert Schels (Wollensbüchel) wurde als Bürgermeister von Schöningen gewählt.

Buchdrucker und Stenographie. Die Deutsche Buchdrucker-Stenographen-Vereinigung Stolze-Schrey bildet jetzt auf 10 Jahre ihres Bestehens zurück. Sie hat die Kriegsjahre glücklich überstanden und geht daran, durch rege Tätigkeit das Verlorene wieder einzubohlen. Es bedarf nicht vieler Worte, daß die Kenntnis der Stenographie auch uns Buchdruckern von großem Vorteil ist. So mancher Kollege hat gerade während des Krieges den Nutzen der Stenographie an sich selbst erfahren. In mehreren Orten (Stettin, Berlin, Bremen) sind bereits größere Ortsgruppen entstanden, an vielen andern Orten wird eifrig gearbeitet, um der Vereinigung immer mehr Anhänger zu gewinnen. Bemerkenswert ist noch, daß nach den Satzungen nur Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker aufgenommen werden. Da erwerbsunfähige noch diese löstündigen Kollegen abwärts stehen, seien diese hiermit nochmals auf die Vereinigung hingewiesen, zumal diejenigen, die ihr bereits vor dem Krieg angehörten. Kollegen, die das Spätere erlernen wollen, können dies durch Fernunterricht erreichen. Aus dem Inserat in heutiger Nummer ist zu ersehen, an wen Meldungen zu richten sind.

Zur Reichstagsfrage für das Hilfspersonal. Am 12. November wird in Leipzig die Kommission zur Beratung des Reichstags für das Buchdruckerhilfspersonal zusammentreten. Vertreter entsenden der Verband der Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin), der Graphische Zentralverband (Sitz Köln) und der Deutsche Buchdruckerverein. Die ersten und letztgenannte Organisationen entsenden je neun, der christliche Zentralverband einen Vertreter.

Arbeiter als Schmutzhonkurrenten. Unsere Kritik des Geschäftsgebarens der „Neuen Zeitung“ in Jena bezüglich der unentgeltlichen Aufnahme städtischer Bekanntmachungen in Nr. 123 hat die betreffende Redaktion ganz aus dem Häuschen gebracht. In Nr. 76 ihres Organs vom 29. Oktober widmet sie uns unter dem Titel „Ehrendes Pharisäertum“ einen spaltenlangen Artikel, der leider nur das bestmögliche, was wir in Nr. 123 schon als ganz traurige Schmutzhonkurrenz eines Arbeiterblattes bezeichnen mußten. Wir stellen dies mit Bedauern fest. Die Schimpfhanonade selbst nehmen wir nicht übel, denn eine andre Verleumdung haben wir von der Jenaer „Neuen Zeitung“ nicht erwartet. Wer im Morast sitzt, kann sich eben nur mit Schmutz wehren.

Olympische Bergarbeiter. Vor einigen Tagen hat eine Arbeiterkonferenz sämtlicher Betriebsräte der Kohlenreviere von Zwickau in Gemeinschaft mit Werkverteilern und Vertretern des Deutschen Bergarbeiterverbandes mit allen gegen drei Stimmen die Einlegung einer ständigen Überbrücke bis zum 31. März 1920 beschlossen. Einleitend wurde ferner beschlossen, am Reformationsfest, Sonntag und Sobnweijahrsfest (Dreikönig) ebenfalls zu feiern. Um zu verhindern, daß mit den mehrgeförderten Kohlen Unfug getrieben wird, sondern dieselben auch nur an die ärmere und notleidende Bevölkerung gelangen, werden Kontrollauschüsse eingerichtet. Die Gewerkschaftskassette der Großstädte in Verbindung mit der Bezirksleitung des Berg-

arbeiterverbandes und einer noch zu wählenden Kontrollkommission aus der Mitte der Belegschaft jedes einzelnen Betriebes werden darüber zu wachen haben. Nur unter dieser Bedingung haben die Bezirksleitungen und die Betriebsratsmitglieder dieser Aktion zugestimmt.

Konfessionelle Zerlegung der christlichen Gewerkschaften. In Nr. 125 haben wir an dieser Stelle von Zerpfisterungsstendungen in den christlichen Gewerkschaften durch Separierung in katholische und evangelische Gewerkschaftsrichtungen Mitteilung gemacht. Inzwischen wird nun bekannt, daß auch innerhalb der katholischen Richtung der christlichen Gewerkschaften Strömungen Platz greifen, die eine Schwächung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben durch orthodox gerichtete Fanaliker bedeuten, und zwar nicht durch Separierung, sondern durch eine sogenannte Einigung zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Verbande der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Diese „Einigung“ läßt sich auf die Ansicht, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit auch vom Standpunkte der Religion und Moral zu beurteilen, zu beeinflussen und dementsprechend zu handeln ist. Das dürfte so zu verstehen sein, daß religiöse Verpflichtungen nach allgemeinem maßgebenden kirchlichen Normen allen gewerkschaftlichen Maßnahmen übergeordnet sein müssen. Im allgemeinen bedeutet dies, daß die hierikal gerichteten Führer der katholischen Arbeitervereine das Heil in Händen haben werden. Diese huldigen hauptsächlich in Hinblick auf Streikfragen der Auffassung, daß jeder christlich organisierte Arbeiter das moralische oder religiöse Recht hat, gewisse religiöse Verpflichtungen über den Begriff der gewerkschaftlichen Solidarität zu stellen. Führt er in seinem religiösen Gewissen eine Abneigung gegen irgendeinen Streik oder eine sonstige gewerkschaftliche Maßnahme, so kann und darf ihm von einer christlichen Gewerkschaft kein Nachteil erwachen, wenn er z. B. Streikbruch läßt. Andererseits kann er für sich ein Streikrecht in Anspruch nehmen, wenn ihm sein religiöses Gewissen dazu drängt, und zwar ohne Rücksicht darauf, daß seine christliche Gewerkschaft den Streik in einem solchen Falle nicht als zweckmäßig betrachtet und ihn sogar verurteilt. Das Ganze läuft auf eine starke Annäherung an jene „wirklichkeitsfremde“ Konfusion hinaus, die man gewöhnlich als gelbe Bewegung beurteilt. Aus dieser „Einigung“ ist also zu ersehen, daß sich hier eine Zerlegung der christlichen Gewerkschaften von rechts her zeigt, und zwar als hierikale Gegenreaktion gegenüber dem neuen Geiste der Zeit, von der die christliche Gewerkschaftsbewegung wenig Vorteile haben dürfte; die katholischen Arbeitervereine, die man schon abgelen wählte, hätten also in Wirklichkeit die christlichen Gewerkschaften erobert.

Internationaler genossenschaftlicher Güteraustausch. An einer internationalen Konferenz der genossenschaftlichen Großverkaufsgesellschaft in London, an der Vertreter aus Großbritannien, Irland, Belgien, Tschecho-Slowakien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Polen, Rußland, Schweden und der Schweiz teilnahmen, wurde der Beschluß gefaßt, daß die einzelnen Großverkaufsgesellschaften sofort besondere Exportabteilungen einrichten, die dann in einen planmäßigen Güteraustausch miteinander treten. Es wurde ein Ausschub eingeleitet, der einen entsprechenden Plan und Bericht einer zweiten Konferenz im Dezember d. J.

in Genf vorzulegen hat. Hoffentlich hat an dieser zweiten Konferenz auch die Großverkaufsgesellschaft der deutschen Konsumvereine Sitz und Stimme. Denn hier handelt es sich um ein Problem, das die Arbeiterchaft der ganzen Welt angeht.

### Briefkasten

G. L. in W.: Eine angenommene Fäbrte den ganzen Jahrgang 1903 hindurch verlag, aber nichts gefunden; weitere Nachforschungen erst in etwa vierzehn Tagen möglich. Habe um die höhere Zeit, die dieser Gesellschaft wegen verloren geht. — G. Z. in S.: Wird selbstverständlich gebracht, wenn das Fahrenkapital wieder daran ist; jeht legen wir erst einmal eine andere Waage einige Nummern hindurch ein. — M. A. in W.: Keine Bedenken gegen Aufnahme; Bezugnahme auf Maschinenlehrer kann aber unterbleiben, weil sonst darauf wieder reagiert werden könnte. Warum aber nicht den immer und immer gelobten Hinweis über Mitleidlichkeit? — G. W. in A.: Das ist ja ein ganzes Aitenbüchlein! Woher erst leben, ob diese Fahrenereibnisse in ihrer „Schönheit“ in der „G. Z.“ beizubehalten wird. Ausschluß aus der Zeitgenossenschaft nicht möglich, da Fahren ihr offiziell nicht angehört. Der Wilsenbergrub hätte aber die Veranlassung, den Mann von sich abzuhebeln. — Lebenserinnerungen: „Gefährliche einer Jungfrau“ zur Kenntnis genommen, beifunderer Absicht wollen wir alle Förderung werden lassen. — G. L. in W.: Ein ganz zeitgemäßes Thema. — O. S. in A.: Pabel eingegangen: Sache wird gern durchgegangen, aber in welcher Zeit zurück? Mit dem Papier konkurrieren bei uns der Zellmangel. — G. A. in W.: Bald. — G. Z. in S.: 1. Bericht ist allerdings zu lang; Straße dort, wo kein allgemeines Interesse obwaltet, 2. Stellung auf Verbandsgebiete weiterzugeben; es sollte jeder Vorstand einen kleinen Vortrag zur Verfügung haben. Die Kriegsereignisse und Neuausgerlenen bringen jeht mehr Nachfrage. — B. S. in S.: Wird demnächst erscheinendem Adressenverzeichnis angehängt. — M. S. in W.: Ergänzung wird berücksichtigt. — U. A. in A.: Siehe Leitartikel in dieser Nummer. — G. S. in S.: Selbstverständlich bald. — U. W. in Schw.: Beitrag gleich am 13. Oktober per Postanweisung ein. — G. Z. in Tr.: 4 Mh.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chomissoplatz 5 II, Fernsprecher: AmI Aurfürst, Nr. 1191.

**Adressenveränderungen**  
Beuthen (O. Sch.) (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Max Ulrich, Parallellstraße 6; Kassierer: Conrad Wiatrowski, Scharleer Gasse 1.  
Schwerin. Vorsitzender: S. Salomon, Travellmannstraße 25.

**Berammlungskalender**  
Berlin. Korrespondenzversammlung Sonntag, den 9. November, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.  
Dortmund. Infolge Aufhebung des Personenverkehrs an Sonntagen wird die auf den 23. November anberaumte Bezirksversammlung vorläufig verschoben.  
Erfurt. Maschinenmeisterversammlung Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr, im „Prinz Carl“, Talstraße.

**Aus dem Inhalte dieser Nummer:**  
Artikel: Arme Buchdruckergelesen!  
Wirtschaft: Die allgemeine wirtschaftliche Lage.  
Korrespondenzen: Arnberg. — Karlsruhe (M. G.). — Koburg.  
Nachrichten: Nachkommenswertes Beispiel. — Christliche Steigerung der Ullage unfres Verbandsorgans. — Buchdrucker in der Gemeindeverwaltung. — Buchdrucker und Stenographie. — Zur Reichstagsfrage für das Hilfspersonal. — Arbeiter als Schmutzhonkurrenten. — Olympische Bergarbeiter. — Konfessionelle Zerlegung der christlichen Gewerkschaften. — Internationaler genossenschaftlicher Güteraustausch.

**Jeder Raucher** der mit dieser feuren Leidenschaft behaftet ist, wird durch unser bewährtes „Wiblin“ befreit. Packung Deutsch & Co., Reukhöfen, Pöhlitz 518.

**Die Macht der freien Rede**  
Reden können“ bedeutet heute alles! Auch Sie erreichen diese Gabo nach kurz. Studium durch:  
von Walter Möller. — M. stellt in klüner Sprache das bisherige Dogma aller Lohrbücher beiseite und erzählt damit, daß sein Buch die Lehre der Redekunst klar und leichtverständlich darstellt — schreibt „Der Vortrag“ Wolmar.  
Versand „Arvi“ Abt. Literatur, Leipzig 90, Postf. 122  
Porto sparen! Bestellung auf Zabik.-Abschnitt genügt. Postcheck: Lsg. 67412.

**Anzeigenseher**  
für sofort gesucht. [825]  
Buchdrucker Paul Bug & Co.,  
Mühlstr. 1, D., Peterstraße 76.  
Erfahrung

**Maschinenmeister**  
für besseren Illustrationen- und Platten- druck möglichst sofort gesucht. Aus- jährliche Angebote mit Gebaltsansprüchen an die [819]  
Berliner Buch- und Kunstdrucker, G. in d. B., Josten (Mark).

**Notationsmaschinenmeister**  
In der Stereotypie erfahren, mit voller Maschinenkenntnis für 4-32seitige Maschinen, sucht baldige Stellung. Am liebsten im besetzten Gebiet. Offerten unter Nr. 830 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Monotypiegeher** [793]  
zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lebensbeschreibung erbittet Buchdrucker der Vereinigung wissenschaftliche Verleger, Trebbin (Kreis Teltow).

**Schiffseher**  
Jungere, tüchtiger  
in allen Sorten bewandert. Sucht sofortige Stellung. Angebote mit Lohnangabe erbeten an [821]  
M. Starke, Magdeburg,  
Papierstraße 18 I, unter W. W. 20.

**Schweizerdegen**  
33 Jahre alt, der die Arbeiten einer kleinen Druckerei befehligt, sucht anderwärts Kondition. Offerten erbittet G. Rahner, Obermannsplatz (Wagner).

**Deutsche Buchdrucker- Stenographen- Vereinigung Stolze-Schrey**  
Allen löstündigen Kollegen, auch Auswärtigen, sei der Beitritt dringend empfohlen.  
Von einer Anzahl früherer Mitglieder konnte die jeht gültige Adresse noch nicht ermittelt werden. Es wird wiederholt um Bekanntgabe ersucht. [820]  
Meldungen zu richten an Leo Wunzke, Stettin, Sonnenstraße 11, Julius Berg, Renne-Worowke, Wilhelm Meitner, Breslau 9, Brillentent 19.

**„Wie soll ich zurichten?“**  
Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Ligele. 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Kunst- druck, geb. postfr. 2,30 Mh.; ferner  
„Der Buchdrucker am U-B-Z“  
Ein Ratgeber z. Einleitung des Unter- richts-Bogenführers auf alle Papierarten; 93 S., Ohlan, 55 Abb., geb. 1,70 Mh., postfr. geg. Borenlend. od. Nachn. v. Berl. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

**Maschinenband**  
Friedensqualität, liefern [733]  
Wagner & Moß,  
Döllsbau, Graf-Adolf-Str. 112.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

**Musikinstrumente**  
aller Art  
hervorragende Güte  
Max Dörfel, Klingenthal 13.74  
Preisliste frei

**Fehlerbuch von E. v. Coelln**  
Samml. v. Sprachlehren, postfr. 1,75 Mh., u. and. gute Fachbücher i. Korrekturen. Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos. Die Verlagsabteilung im W. v. D. F. G., Leipzig, Salomonstr. 3, Postf.-A. 53430.

**Kaufmännische Organisation**  
der Buchdrucker (Buchführung, Preisberechnung). Besondere Fachlehrer im Graph. Verlag S. Glegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

**Bellenmaß** m. 6 Zent. 50 D. G. Gr. Frankf. a. M., Weberstr. 23.

Als ein weiteres Opfer des Weltkriegs wurde uns der seit langem vermählte Seherkollege  
**Robert Grocha**  
aus Namslau gemeldet.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Bezirksverein Breslau.

Nach schwerem Leiden verstarb unter lieber Kollege, der Seherinvalide [829]  
**Friedrich Giffnick**  
aus Duisburg, im 59. Lebensjahre.  
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Erfener Buchdruckerverein.

Reiche Ernte hält zur Zeit der Auerbilligkeit in unserm Bezirke. Schon wieder haben wir den Verlust eines langjährigen, treuen Mitgliebes und braven Kollegen zu beklagen. Am 22. Oktober verstarb nach längerem Leiden der Maschinenlehrer [827]  
**Fritz Knebel**  
aus Finsterwalde, im 37. Lebensjahre.  
Seiner gedenken in Ehren Orts- und Bezirksverein Osnabrück.  
Gesangsverein „Typographia“ Osnabrück.  
Maschinenvereinerleitung Osnabrück.

Viellich und unerwartet verstarb am 18. Oktober unser lieber Kollege, der Maschinenlehrer [823]  
**Max Köpfer**  
im 41. Lebensjahre.  
Wir verlieren in dem Dahingewesenen einen treuen Kollegen, dessen Beizung für unsere Ortsverein einen jeht löstündigen und schmerzlichen Verlust bedeutet. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Ortsverein Finsterwalde (M. G.)  
Typographische Vereinigung.

Vor kurzer Zeit entlich uns der Tod unfren lieben Kollegen, den Korrektor [828]  
**Peter Joh. Sarings**  
im Alter von 60 Jahren.  
Ferner verstarb am 26. Oktober nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Schrift- lehrer  
**Peter Krause**  
im Alter von 68 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen  
Der Bezirksverein Trier.

Am 27. Oktober verstarb unser lieber Kollege, der Seher [826]  
**Wilhelm Einfeldt**  
aus Hamburg, im 33. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.